

Leipzig. Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Montags täglich und wird nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expedition in Leipzig (Querstraße Nr. 3).

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Thlr.; jede einzelne Nummer 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit.»

Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Deutschland.

Preußen. Berlin, 3. Dec. Zwischen den beiden deutschen Großmächten scheint eine Einigung darüber zustande gekommen zu sein, daß die an das russische Cabinet gemeinsam zu richtende letzte dringende Aufforderung zur unveränderten Annahme der vier Friedensbürgschaften nicht vom Deutschen Bunde unmittelbar ausgehe, sondern von Preußen und Oesterreich im Namen des gesammten Deutschlands nach vorher ausdrücklich durch den Bund ertheilter Ermächtigung geschehe. Diese wichtige Angelegenheit wird jetzt hier vielfach verhandelt. Die Ansichten darüber scheinen sich hier wie in Wien entschieden dahin zu neigen, daß es rathsamer sei, die deutsche Bundesversammlung von der unmittelbaren Btheiligung an den Verhandlungen zur Anbahnung eines gesicherten Friedensstandes in Europa möglichst abzuhalten. Natürlich soll dem Bunde der ihm gebührende Einfluß auf die in Rede stehende bedeutungsschwere europäische Angelegenheit dadurch nicht entzogen werden. Die Friedenshoffnungen erhalten sich hier in Anbetracht des gesammten Standes der Dinge noch immerfort. Bis jetzt soll übrigens auch von Seiten der Westmächte keine entschiedene Erklärung darüber, daß sie auf der Grundlage der bekannten vier Friedensbürgschaften jetzt nicht mehr auf Friedensverhandlungen eingehen werden, vorliegen. Die erfolgte Einigung Gesamtdeutschlands dürfte, so hofft man hier, in gleicher Weise auf die Westmächte zu Gunsten des Friedens einwirken als auf Rußland. — Die Thronrede hat hier im Ganzen einen günstigen Eindruck hervorgebracht. Aufgefallen ist es aber in Bezug auf die orientalische Streitfrage, daß, wie auch das heutige Preussische Wochenblatt bemerkt, die Thronrede zwar die besondere Einigung mit Oesterreich und Deutschland betont, aber des gemeinsamen Einverständnisses der vier Mächte mit keinem Wort Erwähnung thut. Das gemeinsame Einverständnis der vier Großmächte sei aber der feste und sichere Boden der deutschen Politik, gegenüber derjenigen Mächte, welche den Frieden und den Rechtszustand Europas gestört hat. — In den hiesigen russenfreundlichen Kreisen scheint gegenwärtig keine besondere Befriedigung über die Stellung, welche Preußen in der jüngsten Zeit eingenommen hat, zu herrschen. Was die Ver Stimmung in diesen Kreisen aber noch steigern dürfte, möchte die Aussicht auf die geringen Erfolge in der II. Kammer sein, in welcher gestern bei den Wahlen für die Abtheilungen die freisinnigern Fractionen die Oberhand behielten. Bekanntlich sind viele frühere Mitglieder der II. Kammer in die I. Kammer berufen worden, wodurch die äußerste Rechte der zuerst genannten viele Stimmen verloren hat. Da die Ergänzungswahlen aus dem Grunde, weil die Bestätigung der Mitglieder der I. Kammer durch den König erst vor kurzem erfolgte, nicht angeordnet und bewerkstelligt werden konnten, so sind die Lücken der äußersten Rechten der II. Kammer bis jetzt noch nicht wieder ausgefüllt. In Bezug auf die frühere Fraction des Fürsten v. Hohenlohe-Zingstingen hat es nicht den Anschein, als ob die Mitglieder dieser namhaften Fraction sich wieder zu einem Ganzen vereinigen werden. Hervorzuheben ist auch, daß die Linke sich spalten dürfte, und zwar in eine v. Vincke'sche und v. Patow'sche Fraction. Aus der vorigen Kammeression wird es noch erinnernlich sein, daß Hr. v. Vincke und Hr. v. Patow in der Geldbewilligungsangelegenheit in Betreff der Stellung Preußens in der orientalischen Streitfrage in ihren Meinungen auseinandergingen. Eine Einigung dieser beiden Abgeordneten und ihrer Genossen in der II. Kammer soll bis jetzt noch nicht zuwege gebracht worden sein und vorläufig auch noch nicht in Aussicht stehen. Als bemerkenswerth führen wir noch an, daß Wetten in den Kreisen der äußersten Rechten darauf angeboten worden sind, daß die II. Kammer aufgelöst werden würde. Es hat hier Befriedigung erregt, daß in der Thronrede der vor Zusammentritt der Kammern vielverbreiteten Angabe von einer zu erwartenden Vorlage eines neuen Wahlgesetzes für die II. Kammer gar kein Anhaltspunkt geboten wird.

— Ein berliner Correspondent der Schlesienschen Zeitung macht über Oesterreichs gegenwärtige Stellung in der orientalischen Frage folgende Mittheilung, deren Zuverlässigkeit wir dahingestellt sein lassen: „Der Wortlaut des zwischen Preußen und Oesterreich vereinbarten Zusatzartikels zum Aprilbündniß hat meine Meinung bestätigt, daß in demselben nicht, wie von verschiedenen Seiten vermuthet wurde, besondere Vereinbarungen enthalten sind, sondern daß er nur einfach die Zusicherung der Hülfe Preußens für den Fall eines Angriffs auf die österreichische Stellung in den Donaufürstenthümern gibt. Es muß befremden, in verschiedenen Blättern schon jetzt die Ansicht hervortreten zu sehen, daß die preussische Hülfe für das österreichische Cabinet ohne alle Bedingung für alle Fälle gelte. Hätte man diese Ansicht fest, so kann es nicht ausbleiben, daß über die preussische Politik ganz unbegründete Urtheile wieder in Umlauf gesetzt werden, und es ist bemerkenswerth, daß dies gerade von jener Seite geschieht, die bisher mit Eifer den Zweck verfolgt, der öffentlichen Meinung die Ueberzeugung von einem nahen Kriege zwischen Oesterreich und Ruß-

land beizubringen, wogegen wir stets die Ansicht festhielten, daß die österreichische Politik nur auf die Sicherstellung ihrer neutralen Stellung hinarbeitet und daß das wiener Cabinet gegenwärtig ebenso wenig als früher den Erwartungen von seinem kriegerischen Auftreten entsprechen wird. Wenn nun in einzelnen Blättern von der Existenz eines geheimen Artikels zum Aprilbündniß gesprochen und daraus die Erwartung gezogen ist, daß Oesterreich darin ganz besondere Vorbehalte für seine Entschlüsse gemacht habe, so dürfte der Versuch, daß Publicum über die Absichten des wiener Cabinets zu täuschen, diesmal denn doch einem begründeten Argwohn begegnen, und in Kreisen, welche mit der ganzen politischen Sachlage vertraut sind, ist vielmehr die Ansicht unerschütterlich, daß Oesterreich in einer vertraulichen Note Preußen alle diejenigen Zusagen für die Befolgung einer Friedenspolitik gemacht habe, welche den Anschauungen unserer Regierung über die Begrenzung des Kriegsschauplatzes und über das Maß der an Rußland zu stellenden Forderungen entsprechen. Da nun Rußland die vier Garantiepunkte angenommen hat (?) und ohne Zweifel die von Oesterreich gestellten Anforderungen befriedigen wird, um nicht die Zahl seiner Feinde bedeutend zu vermehren, so hegt man hier die Ueberzeugung, daß auch ferner die Stellung Oesterreichs zu Rußland eine friedliche bleiben werde. Es wird nun freilich auf die großen österreichischen Rüstungen hingewiesen und daraus gefolgert, daß dieselben doch nur dann einen Sinn haben könnten, wenn das wiener Cabinet ein kriegerisches Auftreten gegen Rußland beabsichtige; aber man übersieht dabei, daß durch die Räumung der Donaufürstenthümer und durch die Annahme der vier Garantiepunkte nach der österreichischen Auffassung auch die Veranlassung zu einem Kriege gegen Rußland für jetzt beseitigt ist. Dies ist die politische Lage der Verhältnisse, wie sie hier aufgefaßt wird, aber sie betrifft nicht die Stellung der Westmächte, über deren fernere Politik erst dann ein sicheres Urtheil gefällt werden kann, wenn die Rückäußerungen auf die friedlichen Vorstellungen des wiener Hofes an die Cabineten von Paris und London erfolgt sind. Wir legen ein besonderes Gewicht darauf, daß diese Mittheilungen nicht in Form einer gewöhnlichen Notification der russischen Vorschläge, sondern auch in einer Befürwortung derselben diesmal geschehen ist. Nicht ohne Einfluß auf die Entschlüsse der Westmächte werden die Schritte der nordamerikanischen Regierung sein, welche mit großem Eifer die Idee einer bewaffneten Neutralität nicht bloß bei den nordischen Regierungen, sondern auch bei den Höfen zu Berlin und Wien vertritt und mit den deutschen Großmächten darüber specielle Verhandlungen eröffnet hat.“

— Die Frankfurter Postzeitung sagt: „Die durch hamburger Blätter verbreitete Nachricht, daß außer dem Zusatzartikel zu der österreichisch-preussischen Convention vom 20. April noch ein geheimer Artikel verabredet worden sei, entbehrt aller Begründung.“

— In der gestrigen Sitzung der II. Kammer wurde Graf Schwerin zum Präsidenten mit 157 von 263 Stimmen, Hr. v. Arnim (Heinrichsdorf) zum ersten und Hr. v. Bethmann-Hollweg zum zweiten Vicepräsidenten gewählt.

— Aus Minden vom 1. Dec. wird berichtet: „In der Nummer der Weser-Zeitung vom 15. Aug. war eine den Hamburger Nachrichten entlehnte, aus Berlin datirte Correspondenz enthalten, in welcher die dem Grenadier Theisen am Bantgebäude von dem König gewidmete Gedanktafel besprochen war. Nach erfolgter und bestätigter Beschlagnahme dieser Nummer sprach gestern das hiesige Kreisgericht wegen Ehrverletzung gegen den König die Vernichtung derselben aus.“

Bayern. München, 1. Dec. Nach einem dem Magistrat mitgetheilten Regierungsdrescript soll bei den dormaligen Verhältnissen die Vieetualienpolizei aufs strengste gehandhabt und sollen, gleich den Namen der Wirthe, Brauer und Metzger, fortan auch die Namen der straffälligen Bäcker veröffentlicht werden.

Württemberg. Stuttgart, 1. Dec. In der Kammer der Abgeordneten ist heute ein Geheimrathsdrescript verlesen worden, welches die Bitte, die Thätigkeit des Landtags für jetzt auf die Verathung des Etats zu beschränken, abschlägig bescheidet und gleichzeitig das Gesuch als unstatthaft bezeichnet. Bei der fortgesetzten Verathung des Judengesetzes ist ein Antrag der Commission, die Regierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs zu bitten, nach welchem zum staatsbürgerlichen Wahl- und Wahlberechtigtenrecht die Zugehörigkeit zu einem der drei christlichen Bekenntnisse nicht mehr erforderlich sein soll, mit 52 gegen 29 Stimmen verworfen worden.

Baden. Man schreibt dem Schwäbischen Merkur aus Freiburg vom 28. Nov.: „Kaum ist der Vollzug des Interims im Gange, als sich zwischen der Regierung und dem Erzbischof dem Vernehmen nach schon wieder eine Differenz zu erheben scheint. Letzterer besteht nämlich darauf

[3644]

s zu eig- heilt:

den.)

her He- at. Mi- 24 Ngr. poetischer Serl" und ste Kieder".

Geh.

selbe hier- zu sehen.

en. Mi- Geh.

Miniatur- 15 Ngr.

find mit . Weisheit zahlreiche Aufslage ersten Dicht- achte, wie in Monate

ar-Aus-

und Ju- gen Publi- erfällt in d. Liebe"; bewußtsein der Na- tumän- erzen spre- che Kövfr-

nke

vorrätig

Dr. 2.

s. wird in welcher in le vacanti

midt. Der.

11-121. lrgerschlut

1-3 11.)

ffnet 108 dner Str., Cabinet dehausd.

10-311. stennadel- trahalle. Abends in halgasse 1.